

Baden-Baden im Aufschwung

Modernisierung der Kureinrichtungen

Nachdem die Hemmnisse der unmittelbaren Nachkriegszeit Anfang der 50er Jahre überwunden waren, forcierte Oberbürgermeister Ernst Schlapper die Wiederbelebung des Kurorts. Die erste Nachkriegskursaison begann mit der Wiedereröffnung der Spielbank am 1. April 1950. Wie schon 1933 trug das Spiel auch jetzt zur Steigerung der Gästezahlen und zur Gesundung der Konjunktur bei. Weil das Land Baden-Württemberg bis 1959 ganz auf seinen Anteil an der Konzessionsabgabe verzichtete, kam diese vollständig der Stadt zu Gute. Der Geldsegen war bitter nötig, denn von der alten Pracht war nur noch wenig übrig. Zahlreiche Hotels befanden sich nach der Freigabe von der Beschlagnahme in verfallendem Zustand, die Kuranlagen waren ungepflegt, den zentralen Leopoldsplatz dominierte eine Brandruine, der Bahnhof Oos, wo die ankommenden Gäste umstiegen, war teilweise noch zerstört. Wer mit dem Auto über die Schwarzwaldhochstraße einreiste, passierte die Baracken des Lagers Malschbach, wo jetzt Flüchtlinge aus dem Osten untergebracht waren. Alles in allem bestand wenig Grund zur Hoffnung, dass der Anschluss an alte Traditionen gelingen könnte, und es gab durchaus Stimmen, die eine Abkehr vom Bisherigen verlangten und einer industriellen Entwicklung das Wort redeten.

Die kulturellen Maßnahmen und die Modernisierung der Kureinrichtungen in den 1950er und 1960er Jahren zeitigten den gewünschten Erfolg: 1962 erreichten die Gästezahlen mit 190 000 Ankünften ihren vorläufigen Höchststand. Baden-Baden profitierte vom Wirtschaftswunder und den Anfängen des Massen-



Brandruine am Leopoldplatz – Das Eckhaus Sophienstraße / Leopoldplatz brannte in der Nacht vom 13. auf den 14. April 1945 vollständig nieder. Weil die Feuerwehr aufgrund der nächtlichen Ausgangssperre erst spät und in geringer Mannschaftsstärke erscheinen konnte, kamen zwölf Menschen zu Tode. Die Ruine wurde erst in den 1950er Jahren beseitigt.

tourismus, der vorerst noch den inländischen Ferienzeilen zu Gute kam. Prominente Gäste aus dem In- und Ausland besuchten wieder die Stadt. Nach fast 60 Jahren fand sich 1955 erstmals wieder ein regierender Monarch zu einem offiziellen Besuch in Baden-Baden ein. Schah Reza Pahlavi und Kaiserin Soraya logierten zweieinhalb Tage im Schlosshotel Hahnhof und füllten den Kurort mit orientalischem Glanz.

Den engen Beziehungen des Bundeskanzlers und Ehrenbürgers der Kurstadt Konrad Adenauer zu Baden-Baden dürfte es zu verdanken sein, dass die Kurstadt zur Bühne der internationalen Politik wurde. Mit einem Treffen der Außenminister der seit 1952 in der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl

(EGKS), einer Vorläuferorganisation der Europäischen Union, zusammengeschlossenen Länder vom 7. bis 9. August 1953 gelang es, die erste Nachkriegskonferenz auf deutschem Boden überhaupt nach Baden-Baden zu holen, was der Kurstadt eine enorme Publizität verschaffte. Der reibungslose Verlauf war eine wirkungsvolle Empfehlung für zahlreiche weitere politische Konferenzen und Gespräche in Baden-Baden.

Mit dem Bau eines Kongresshauses an Stelle des abgerissenen Hotels Stéphanie am Augustaplatz schaffte sich die Stadt 1966 neben Freizeit- und Kurangeboten ein weiteres Standbein im Fremdenverkehr. Seitdem hat sich Baden-Baden auch als Kongressstadt einen Namen gemacht.

Längst hatte man erkannt, dass der krisenanfällige Tourismus allein die Wirtschaft nicht tragen konnte. Die Ansiedlung von Unternehmen wurde jetzt gezielt gefördert, wobei jedoch noch

Treffen der Außenminister der
Montanunion 1953



immer Wert auf deren ›Kurortverträglichkeit‹ gelegt wurde. Die chemische, und zwar hauptsächlich die kosmetische und pharmazeutische Industrie, entwickelte sich zum führenden Industriezweig und unterstrich den internationalen Ruf Baden-Badens als ›Stadt der Eleganz‹. Zum zweiten wichtigen Wirtschaftszweig wurde das Verlagswesen.

Schritt für Schritt normalisierte sich der Alltag. Im Oktober 1955 wurden die letzten Spätheimkehrer aus russischer Kriegsgefangenschaft am Stadtbahnhof empfangen.

Rückkehr zur Normalität

Symbolisch für die allmähliche Normalisierung des Lebens könnte das Kinderfrühlingsfest stehen, das 1950 nach 16-jähriger Unterbrechung erstmals wieder gefeiert wurde. Seit 1905



Die liebevoll gestalteten Wagen des Kinderfrühlingsfests griffen auch aktuelle Themen des Kurorts auf, wie hier »Der 100 000ste Kurgast«, aufgenommen 1950.

waren diese Feste ein Höhepunkt für die Kinder der Stadt. In einem farbenfrohen Umzug zogen die Jungen und Mädchen mit selbstgebauten, blumengeschmückten Wagen und liebevoll kostümiert durch ein dichtes Spalier applaudierender Zuschauer die Straßen entlang. Das phantasievollste Gefährt wurde anschließend prämiert. Umrahmt war das viertägige Fest durch einen Jahrmarkt, Musik- und Tanzvorführungen und ein großes Feuerwerk. Bei diesem ersten Frühlingsfest der Nachkriegszeit, dem bis 1983 noch viele weitere folgten, feierten deutsche und französische Kinder gemeinsam.

Offen ging man auf die Feinde von einst zu. Die Pariser Verträge, die der Bundesrepublik die Souveränität zurückgaben, schufen dafür die Voraussetzungen. Überall im Land wurden Kontakte zwischen französischen und deutschen Städten geknüpft, die einen praktischen Beitrag zur Versöhnung leisteten. Baden-Baden kontaktierte 1960 den südfranzösischen Kurort Menton. Nach anfänglichen Vorbehalten stimmte der dortige Stadtrat einer Partnerschaft zu, und so konnten 1961 im festlich geschmückten Baden-Badener Ratssaal die Partnerschaftsurkunden ausgetauscht werden. Wechselseitiger Schüleraustausch, wirtschaftliche Kontakte und Besuche festigten die Bande, so dass bis heute eine lebendige Freundschaft besteht.

29 Jahre später war die Unterzeichnung eines Partnerschaftsvertrags mit dem italienischen Moncalieri die logische Konsequenz einer schon lange bestehenden freundschaftlichen Beziehung, die durch den in Moncalieri beigesetzten seligen Markgrafen Bernhard von Baden begründet war.

Wie die Verbindungen mit französischen Städten in den Nachkriegsjahren, halfen nach dem Fall des Eisernen Vorhangs Partnerschaften mit osteuropäischen Kommunen, Trennendes zu

überwinden. Schon früh suchte Baden-Baden Kontakt zu Karlsbad. Eine Verbindung mit dem bekanntesten und größten Kurort Tschechiens bot sich an. Bald folgten der Austausch von Delegationen, Vereinen und Schülergruppen. Mit der Unterzeichnung des Partnerschaftsvertrags wurde 1998 die Freundschaft offiziell besiegelt. Als vierte Partnerstadt kam 2000 Jalta hinzu. Diese jüngste Städteverbindung knüpft an die russische Tradition Baden-Badens an.

Die 68er Unruhen erreichen Baden-Baden

Am Ende seiner dreiundzwanzigjährigen Amtszeit konnte Oberbürgermeister Schlapper mit Stolz auf die geleistete Arbeit zurückblicken. Baden-Baden hatte die Talsohle der Nachkriegszeit überwunden, die inneren Verhältnisse waren geordnet und das Gros der Einwohner genoss wachsenden Wohlstand. Für nicht wenige jedoch verkörperte gerade Baden-Baden wie keine andere Stadt kleinstädtische Enge, wo die alten Eliten das Sagen hatten und Titel, Ränge und vor allem Geld zählten. Dagegen regte sich der Widerstand der Jugend, die im Kapitalismus das Grundübel der Gesellschaft sah und überkommene Wertvorstellungen radikal in Frage stellte. Zwei aus Baden-Baden stammende Protagonisten der Studentenbewegung trugen den Protest auch in die Kurstadt. Als Oberbürgermeister Schlapper ihnen einen Saal im Kurhaus für einen Vortrag des Studentenführers Rudi Dutschke verweigerte, formierte sich der Widerstand. Die Veranstaltung fand am 5. Januar 1968 bei eiskaltem Winterwetter vor dem durch 200 Polizisten abgeschirmten Kurhaus im Freien statt. Am Abend zog ein Demonstrationmarsch zur Villa des Oberbürgermeisters. Prominente Baden-Badener wie der Jazzpapst Joachim Ernst Berendt oder der Dirigent Pierre Boulez solidarisierten sich mit den Studenten. Gymnasiasten aus Baden-Baden und der Umgebung

gründeten die Unabhängige Schülergemeinschaft (USG), eine Gegenorganisation zur etablierten Schülermitverantwortung. In der ersten Ausgabe ihrer unabhängigen Schülerzeitung »Ça ira« forderten sie mit drastischer Symbolik den Rücktritt des »Stadtfossils« Schlapper. Schlapper, der von den jugendlichen »Flegeln« Achtung und Unterordnung erwartete, war zutiefst in seiner Ehre gekränkt und konterte mit einer Flut von Strafanträgen. Der Vorwurf lautete auf Beleidigung und Verbreitung unzüchtiger Werke. Denn in »Ça ira« war auszugsweise auch ein Vortrag des Frankfurter Studenten Günter Amendt (der sich später einen Namen als Sexualaufklärer machte) wiedergegeben, den dieser am Silvestertag im Grünen Baum in Lichtental gehalten hatte und in dem er auf eine weitere Grundforderung der Studentebewegung nach einer vernünftigen Sexualaufklärung einging. Die Schüler wollten provozieren und ihre Meinungen zu politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen kundtun. Schlapper war entschlossen, ihnen mit seiner ganzen Autorität entgegenzutreten. Was sie mit »Ça ira« ausgelöst hatten, wurde ihnen wohl selber erst klar, als die Kriminalpolizei die noch nicht verkauften Exemplare beschlagnahmte. Selbst dem SPIEGEL war die Sache einen Artikel wert, wodurch er den jugendlichen Revoluzzern ein unverhofftes Forum gab: Durch Abbildung des Titelblatts war »Ça ira« nun einer Millionenleserschaft zugänglich – was dem Nachrichtenmagazin einen Strafantrag Schlappers wegen Verstoßes gegen eine einstweilige Verfügung einbrachte. Ähnlich erging es dem Verlag Rowohlt, der das Flugblatt in dem Buch »Kinderkreuzzug oder beginnt die Revolution in den Schulen« ebenfalls abbildete und sich daraufhin vor Gericht verantworten musste. Die konservative Bildzeitung zögerte nicht, die Baden-Badener Schüler abzuqualifizieren und als sexgierig darzustellen.

In der öffentlichen Diskussion fanden die Ereignisse breiten Widerhall und lösten eine Flut von Leserbriefen aus. Viele beglückwünschten Schlapper zu seiner kompromisslosen Haltung,

bei anderen stieß gerade diese auf Irritation. Man fragte sich, ob nicht mehr Gelassenheit am Platz gewesen wäre. Doch in der aufgeheizten Stimmung war ein Dialog nicht mehr möglich. Letztendlich wurden die meisten Verfahren niedergeschlagen, mit einem Vergleich beendet oder, im Falle des Verlegers von »Ça ira«, mit einer Geldzahlung an das Rote Kreuz beigelegt. Dem Sprecher der USG, Günter Degler, brachten seine Aktivitäten einen Schulausschluss kurz vor dem Abitur ein. Was blieb, war das ungebrochene politische Engagement einer Generation, die nicht mehr unkommentiert hinnehmen wollte, was die Erwachsenen ihnen vorlebten. Öffentliche politische Diskussionen gehörten noch geraume Zeit zu Baden-Badens Jugendkultur.

Viele der politisch Engagierten fanden später bei den Grünen eine politische Heimat. Der Ortsverband der Grünen gründete sich in Baden-Baden im März 1986, im Gemeinderat sind die Grünen seit 1989 vertreten. Viele waren in der Friedensbewegung aktiv. Das Friedenskomitee organisierte seit 1982 regelmäßig Ostermärsche und Kundgebungen, Mahnwachen oder Schweigemärsche für den Frieden. Der erste Ostermarsch hatte schon 1967 stattgefunden.

Weichenstellungen für die Zukunft

Mitten in diesen unruhigen Jahren trat im Sommer 1969 Oberbürgermeister Walter Carlein sein Amt an, der gleich zu Beginn seiner Amtszeit einen längerfristigen, generellen Stadt- und Kurortentwicklungsplan anregte, in dem alle Problemfelder der Stadtentwicklung nicht mehr einzeln betrachtet, sondern zueinander in Beziehung gesetzt werden sollten. Mit der Ausarbeitung wurde die Neue Heimat Baden-Württemberg unter maßgeblicher Beteiligung des damaligen Geschäftsführers Lothar Späth betraut. Der Stadt- und Kurortentwicklungsplan, der 1974 pünkt-

lich zur Entscheidung der Landesregierung über die Neuverteilung der Spielbankabgabe fertig war, wurde mit seiner Fortschreibung 1987 zum Leitfaden für alle baulichen, verkehrstechnischen, wirtschaftlichen und kurörtlichen Maßnahmen im letzten Viertel des Jahrhunderts. Er berücksichtigte auch die durch die Gebietsreform hinzugekommenen neuen Stadtteile. Mit Ebersteinburg hatte man schon seit der Nachkriegszeit Gespräche geführt. Dieser Ort war bereits zum 1. Januar 1972 Teil der Kurstadt geworden. Kurz darauf konnten die Fusionsverhandlungen mit Varnhalt und Neuweier erfolgreich abgeschlossen werden. Dadurch wurden die Pläne für eine »Yburg-Stadt« hinfällig, und Steinbach, das eng mit den beiden anderen Reblandgemeinden verflochten war, schloss sich nach einigem Zögern im Sommer 1972 ebenfalls der Kurstadt an. Als schwierig erwiesen sich die Verhandlungen mit Haueneberstein und Sandweier, die bis zuletzt um ihre Selbstständigkeit kämpften und erst 1974 bzw. 1975 auf Anordnung der Landesregierung eingegliedert wurden. Durch den Zusammenschluss mit den Nachbargemeinden vergrößerte Baden-Baden sein Gemeindegebiet um die Hälfte der bisherigen Fläche.

Stadtkreis Baden-Baden

Eng verknüpft mit der Gemeindereform war die Kreisreform. Die Anzahl der Landkreise sollte ebenfalls reduziert werden, doch welche Landkreise von Auflösung bedroht waren, blieb lange Zeit offen. Gaggenau, Bühl, Gernsbach und Forbach hätten sich eine Zugehörigkeit zu einem vergrößerten Kreis Baden-Baden sehr gut vorstellen können. Ein Kreissitz Baden-Baden hatte für die Regierung jedoch keine Priorität. Lange Zeit sah es gar so aus, als ob Baden-Baden wie schon einmal von 1924 bis

1939 dem Landkreis Rastatt zugeschlagen werden würde. Unter dem Motto »BAD muss bleiben« kämpften die Baden-Badener für den Erhalt ihres Stadtkreises und nicht zuletzt für das liebgewonnene Kfz-Kennzeichen. Im Sommer 1971 war der Kampf entschieden: Der Stadtkreis blieb erhalten, wurde aber nicht zum Landkreis vergrößert.

Noch eine weitere Änderung brachte die Verwaltungsreform mit sich: Durch die Neuabgrenzung der Regierungsbezirke kam Baden-Baden 1973 vom Regierungsbezirk Südbaden zum Regierungsbezirk Karlsruhe.

Einer der wichtigsten Punkte des Stadt- und Kurortentwicklungsplans war die harmonische Verknüpfung des gesellschaftlichen Bereichs rund um das Kurhaus mit einer neu belebten Altstadt. Dort standen viele der alten, oft jahrzehntelang vernachlässigten Häuser leer, weil die Bewohner andernorts mehr Wohnqualität vorfanden. Anders als noch in den 1950er und 1960er Jahren, als viele historische Gebäude der Abrissbirne zum Opfer fielen (das prominenteste Beispiel ist das Augustabad), war die Erhaltung der stadtbildprägenden historischen Bausubstanz und der für die Altstadt typischen Struktur schmaler Gassen und Treppen jetzt erklärtes Ziel. Gleichzeitig sollten »Luxussanierungen« und die Zweckentfremdung von Wohnraum verhindert werden. 1978 wurde mit der Grundsteinlegung im Baldreit der Startschuss zur Altstadtsanierung gegeben. Das Sanierungsgebiet umfasste eine Fläche von rund 6,3 Hektar. Die Ergebnisse fanden allgemeinen Zuspruch, wenn es auch in Einzelfällen Kontroversen gab. Umstritten und viel diskutiert war beispielsweise der Abbruch und Wiederaufbau des Schwarzwaldhofs in der Gernsbacher Straße. Mit der Altstadtsanierung ging die Verkehrsberuhigung der Innenstadt Hand in Hand.

Längst war der zunehmende Verkehr namentlich auf der die Stadt durchschneidenden B 500 zu einer unerträglichen Belastung geworden. Jetzt wurde ein System von Umgehungsstraßen geschaffen und die Innenstadt durch die Anlage von Fußgängerzonen vom Verkehr befreit. Die 1980 dem Verkehr übergebene Schlossbergtangente entlastete die Sophienstraße vom Durchgangsverkehr ins Murgtal. Ein zweites Tunnelbauwerk, der Michaelstunnel, leitet seit 1989 den Durchgangsverkehr von der Luisenstraße und dem Leopoldsplatz ab, der in die Fußgängerzone integriert wurde. Aus heutiger Sicht unverständlich ist allerdings die Stilllegung der Stichbahn von Baden-Baden nach Oos 1977.

Das Ziel einer Verflechtung der Innenstadt mit der umgebenden Landschaft bzw. der einzelnen Stadtteile untereinander wurde durch die Landesgartenschau 1981 erreicht, in der das Gelände rund um das Neue Schloss und im Rotenbachtal sowie die Oos-Aue zu einer ansprechenden Parklandschaft gestaltet wurden. Eng mit der Gartenschau verknüpft war der 11. Olympische Kongress, der einmal mehr die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf Baden-Baden lenkte. Ein weiteres Ziel, das vernachlässigte Neue Schloss als stadtbildprägendes Gebäude wieder stärker zu integrieren, konnte nicht erreicht werden, da keine dauerhafte Nutzungsmöglichkeit gefunden werden konnte.

Der Entwicklung des Fremdenverkehrs kam weiterhin ein hoher Stellenwert zu. Mit der Caracalla-Therme wurde 1985 ein modernes Freizeitbad eröffnet, um den Bäderstandort Baden-Baden auch am Ende des 20. Jahrhunderts attraktiv zu erhalten. Gleichzeitig sollten aber auch die Belange der Einwohner stärker als bisher berücksichtigt werden. Dies manifestierte sich vor allem an den großen Bauprojekten der Stadtklinik und des Schulzentrums in der Balger Straße/Rheinstraße.

Die Aufgaben des Kurbetriebs lagen nach wie vor in den Händen der 1934 gegründete Bäder- und Kurverwaltung (BKV), an der sowohl die Stadt als auch das Land beteiligt waren, jedoch

mit unterschiedlicher Gewichtung. Dies führte zu endlosen Differenzen um den entscheidenden Einfluss in die Gestaltung der Kurangelegenheiten. Durch eine nach fünfjährigen, zähen Verhandlungen 1975 beschlossene neue Satzung verlor der Oberbürgermeister das einflussreiche Amt des Vorstands an einen vom Verwaltungsrat zu bestimmenden Geschäftsführer. Stattdessen führte er künftig den Vorsitz im Verwaltungsrat im jährlichen Wechsel mit dem Finanzministerium. Einen Ausgleich erzielte die Stadt in der Frage der Abdeckung eventueller finanzieller Verluste, die nun zu gleichen Teilen durch Stadt und Land erfolgen sollte. Außerdem wurde der auf zehn Mitglieder vergrößerte Verwaltungsrat durch Stadt und Land paritätisch besetzt, und der Konflikt zwischen beiden trat in den Hintergrund. Stattdessen entwickelte nun die Bäder- und Kurverwaltung ein Eigenleben, das in der Stadtverwaltung Missfallen erregte.

Zum Jahresanfang 1989 erhielt die Bäder- und Kurverwaltung nach Kritik des Landesrechnungshofs an deren Engagement in Monte Carlo eine Doppelspitze. Gleichzeitig wurde der Rückfluss aus der Spielbankabgabe drastisch gekürzt und auf 24 Mio. DM zuzüglich 65 Prozent der Zuwächse festgeschrieben. Die Stadt setzte eine direkte Rückzahlung von 2 Prozent der Spielbankgewinne in die Stadtkasse durch. Diese Maßnahmen offenbarten die strukturelle Krise der Bäder- und Kurverwaltung. Die immer lauter geforderten Reformen gipfelten unter Oberbürgermeister Ulrich Wendt in einer kompletten Auflösung der Bäder- und Kurverwaltung in ihrer bisherigen Form. An ihre Stelle trat als rein staatliche Einrichtung die Bäder- und Kurverwaltung Baden-Württemberg, die die landeseigenen Immobilien verwaltet. Theater, Orchester und Gartenamt wurden 1994 zu städtischen Institutionen, für die Bäder und das Kongresshaus sowie für das Marketing wurden private Betreiber gefunden.

Nach über fünfzigjähriger Präsenz verließen die französischen Stationierungsstreitkräfte 1999 Baden-Baden. Das Zusammen-

leben war zuletzt durch vielfältige kulturelle Beziehungen, aber auch persönliche Freundschaften geprägt, obwohl die Cité eine autarke Siedlung mit eigener Infrastruktur war. Als Baden-Baden 1998 von einem schlimmen Hochwasser heimgesucht wurde, leisteten französische Einheiten ganz selbstverständlich Hilfe.

Durch ihren Abzug und die Stilllegung des Flugplatzes wurden große Flächen frei. Die Mehrzahl der Wohngebäude und die Kasernen wurden abgerissen. Gegenwärtig entwickelt sich im Westen der Stadt ein neuer Stadtteil, der vor allem junge Familien anziehen soll. Für diese ist Baden-Baden aufgrund seines hervorragenden Bildungs- und Ausbildungsangebots attraktiv. Tatsächlich weist die Stadt bundesweit eine der höchsten Zuwanderungsraten von Familien auf. Gleichwohl ist der Altersdurchschnitt mit 46,5 Jahren (2006) nach wie vor der höchste in einer baden-württembergischen Kommune, und Baden-Baden hat noch immer das Image, eine Stadt für reiche Pensionäre zu sein.

Neue Chancen ergaben sich außerdem für Gewerbeansiedlungen. Zu Jahresbeginn 2000 wurde bei der Stadtverwaltung eine »Stabstelle Wirtschaftsförderung« eingerichtet, die den Kontakt zur Industrie pflegt und den Wirtschaftsstandort Baden-Baden gezielt entwickelt.

Wenn auch die Rolle des produzierenden Gewerbes heute nicht mehr verkannt wird, so liegt Baden-Badens Stärke nach wie vor in den Dienstleistungen. Gegenwärtig sind in diesem Sektor rund 73 Prozent aller in der Stadt Beschäftigten tätig. Er wird vom Gesundheits- und Sozialwesen sowie von Hotels und Gaststätten dominiert. Durch den Südwestrundfunk, die deutsche Koordinierungsstelle des europäischen Kultursenders Arte sowie die 1999 gegründete Europäische Medien- und Eventakademie gGmbH hat Baden-Baden auch als Medienstandort einen guten Namen.

Mit dem Umbau des Alten Bahnhofs zum Festspielhaus ist es gelungen, einen weit über Baden-Baden hinaus bekannten kultu-

rellen Anziehungspunkt zu schaffen. In der Lichtentaler Allee ist durch die Eröffnung des neuen Stadtmuseums und des Museums Frieder Burda in Verbindung mit der Kunsthalle eine Museumsmeile entstanden. Das seit 1994 in der Kurstadt beheimatete New-Pop-Festival des Südwestrundfunks spricht vor allem die junge Generation an. Nach wie vor zeichnet sich die Stadt somit durch ein außergewöhnlich vielseitiges kulturelles Angebot aus.

Alle diese positiven Weichenstellungen der letzten Jahre erlauben es Baden-Baden, mit Zuversicht dem dritten Jahrtausend seines Bestehens entgegentzublicken.